



Stadt
Gelsenkirchen

**Referat Kinder, Jugend und Familien
der Stadt Gelsenkirchen**

**FACHSTELLE FÜR
DEMOKRATIE UND
POLITISCHE BILDUNG**

Konzept

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage in Gelsenkirchen	2
2	Rückblick und Gegenwart: Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus.....	3
3	Fachstelle für Demokratie und politische Bildung	3
3.1	Leitbild	3
3.2	Ziele.....	5
3.3	Aufgaben.....	5
3.3.1	Politische Bildung.....	5
3.3.2	Beratung und Information	6
3.3.3	Netzwerkarbeit	6
3.3.4	Öffentlichkeitsarbeit.....	7
3.4	Maßnahmen	7
4	Zielgruppen.....	8
	Literaturverzeichnis.....	9

1 Ausgangslage in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, die Arbeiterstadt im Herzen des Ruhrgebiets, beheimatet derzeit ca. 260.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 01.01.2021)¹. Neben der Industriekultur ist Gelsenkirchen bekannt für den FC Schalke 04. Beides gilt als Anker und Identitätsstifter in der Stadt.

Aus den ursprünglichen Dörfern Gelsenkirchen und Buer stieg zum Anfang des 20. Jahrhunderts eine Industriegroßstadt und gleichzeitig eine der bedeutendsten Kohlestädte Europas auf. Heute unterliegt die Stadt, nach der Schließung der vielen Zechen sowie der Eisen- und Stahlindustrie, einem Strukturwandel.²

Im Zuge des damaligen Wirtschaftswachstums entstand ein enormer Arbeitskräftebedarf, welcher zu großen Teilen durch nationale und internationale Zuwanderung gedeckt wurde. Ab den 1960er-Jahren kam zudem das Konzept der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter dazu, welche neben der Kohleindustrie den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vorantrieben.³ Bis heute zeichnet sich die Bevölkerung Gelsens durch Heterogenität aus. Diese Pluralität an Erfahrungen, Herkunft und Lebensstilen ist Herausforderung und Ressource zugleich. In einer bunten Stadt wie Gelsenkirchen, in welcher 36% der Bürgerinnen und Bürger sowie 53,8% der Kinder im Alter zwischen 3-6 Jahren einen Migrationshintergrund aufweisen⁴, gilt es diese Ressource zu erkennen und ein demokratisches Zusammenleben für alle hier lebenden 140 Nationen zu gewährleisten.

Viele Akteurinnen und Akteure in Gelsenkirchen sind um die ökonomische, soziale und ökologische Bewältigung des Strukturwandels bemüht. Soziale und arbeitsmarktpolitische Integration, bei einer Arbeitslosenquote von 15,4% (Stand: April 2021)⁵, sowie Bildung scheinen zur Kernaufgabe der Stadt geworden zu sein. Bezogen auf die 18 Stadtteile in Gelsenkirchen lässt sich insgesamt ein Nord-Süd-Gefälle entlang des Rhein-Herne-Kanals feststellen. Die südlich gelegenen Stadtteile sind tendenziell durch höhere Anteile an Arbeitslosigkeit, Zuwanderungsgeschichten und Transferleistungen geprägt⁶. Diese benachteiligte sozio-ökonomische Lage stellt zunehmend auch einen Nährboden für konstruierte Feindbilder dar.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen, bedarf es einer demokratisch gefestigten Zivilgesellschaft, welche durch Bildungsangebote und Präventionsmaßnahmen gestärkt wird. Daher wurde durch den Rat der Stadt Gelsenkirchen die Einrichtung der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ beschlossen und die Stelle im Referat Kinder, Jugend und Familien (51/3.3) verortet.

¹ Vgl. online: Stadt Gelsenkirchen, Statistiken (2021)

² Vgl. online: Stadt Gelsenkirchen, Institut für Stadtgeschichte: Stadtgeschichte Gelsenkirchen

³ Vgl. online: Stadt Gelsenkirchen, Institut für Stadtgeschichte: Zuwanderung

⁴ Vgl. Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (2019)

⁵ Vgl. online: Stadt Gelsenkirchen, Statistiken (2021)

⁶ Vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Verwaltungskoordinierung (2018)

2 Rückblick und Gegenwart: Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Stadt Gelsenkirchen wird seit dem 07.03.2017 im Rahmen des Landesprogramms „NRWeltoffen – lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ finanziell gefördert. Teil dieses Förderprogramms ist u.a. die Bereitstellung von Zuwendungen für eine „Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“. Die aktuelle Förderung ist bis zum 31.12.2021 befristet. Die Fortführung des Landesprogramms wurde jedoch auch über 2021 hinaus bereits in Aussicht gestellt.

In der Ausrichtung dieses Konzeptes wurden neue Arbeitsschwerpunkte sowie aufeinander aufbauende Handlungsfelder zur „Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gesetzt. Dadurch wird die politische Bildung und die breitere Präventionsarbeit nachhaltig ausgebaut.

Im Zuge von NRWeltoffen wurde ein umfassendes, gesamtstädtisches Netzwerk aufgebaut. Teil dieses Netzwerkes sind unzählige Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, Politik sowie Verwaltung, dessen Expertisen und Interessen gebündelt wurden und die Erstellung des „Gesamtstädtischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ ermöglichten. Seitdem wurden die Netzwerke stetig durch die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gepflegt und ausgebaut, sowohl in Gelsenkirchen, als auch im Ruhrgebiet und NRW.

Auf Grundlage des Handlungskonzeptes werden zivilgesellschaftliche Projekte gefördert, welche die Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus sowie Demokratieförderung zum Ziel haben. Die Begleitung und Beratung wird durch die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ umgesetzt. Zudem stellt das Handlungskonzept die Arbeitsgrundlage der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ dar.

3 Fachstelle für Demokratie und politische Bildung

*„Demokratie muss gelernt werden, um gelebt werden zu können.“
(Kurt Gerhard Fischer)*

3.1 Leitbild

Die „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ hat das Leitbild einer pluralistischen, transnationalen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft.

Kein Mensch soll wegen der Herkunft, des Aussehens, einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung, der Hautfarbe, der Religion, der sexuellen Identität oder Orientierung, der sozialen Lage, der Sprache und/oder der politischen Anschauung diskriminiert werden. Daher steht die Fachstelle für eine klare Position gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie für eine demokratische Kultur.

Zudem vertritt die Fachstelle ein auf Verantwortung, Gestaltung, Mündigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Emanzipation ausgerichtetes Demokratieverständnis. Demokratie wird hier u.a. als ein Entwicklungsprozess verstanden, in dem ständig ausgehandelt wird, in welcher Gesellschaft wir leben möchten, an dem möglichst viele Menschen teilhaben können⁷ und in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Menschenrechte wahrnehmen und gegenseitig gewährleisten.

⁷ Vgl. Klare, Gold (2019): 45

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Nicht nur Demokratie, sondern auch politische Bildung sind keine Zustände, vielmehr eine Aufgabe, die nie als erledigt betrachtet werden kann⁸.

Die Vermittlung von Kenntnissen über das politische und gesellschaftliche System erfolgt parteineutral, kann jedoch nicht wertfrei erfolgen. Denn die normative Grundlage der politischen Bildung bleiben die Menschen- und Grundrechte.⁹ Und zum Wesen der Demokratie und der politischen Bildung gehören auch die Kritik¹⁰ und Kontroverse, wenn diese sozialen Errungenschaften bedroht werden. Dies mit demokratischen Mitteln und unter Anerkennung von Vielfalt auszuhandeln, soll durch politische Bildung vermittelt werden.

Die Förderung der demokratischen (Alltags-)Kultur und der politischen Bildung sind dabei die primären Leitlinien der Fachstellenarbeit. Diese Handlungsfelder sind auf Kompetenzzuwachs, persönliche Weiterentwicklung und lebenslanges Lernen ausgerichtet. Sie sollen der Zivilgesellschaft eine Haltung ermöglichen, mit welcher zum einen der Wille zum Wissen und zur Wahrheit verbunden ist, zum anderen aber auch das Eintreten und Handeln für freiheitlich-demokratische Verhältnisse.

Auf der Basis politischen Wissens sind politische Urteilsbildung sowie politische Handlungsfähigkeit zentrale Elemente der politischen Bildung. Wissen wird in den gesellschaftlichen Kontext gesetzt und die Angebote orientieren sich an der Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten.¹¹ Die politische Bildung beschränkt sich dabei nicht darauf, unsere aktuelle Gesellschaftsform unreflektiert zu vermitteln und erhalten zu wollen. Ebenso versteht sie sich als ein Experimentierfeld der Demokratie, wo positive Visionen der Demokratie entwickelt und gelebt werden können.¹² Politische Bildung zur Demokratiebildung zielt demnach positiv auf die Realisierung von Partizipation und Teilhabe, nicht negativ auf die Vorbeugung von Demokratiefeindlichkeit. Somit unterscheidet sie sich von der Präventionsarbeit in ihrem pädagogischen Selbstverständnis und folgt einer Gestaltungs- und keiner Verhinderungslogik.¹³

Die Prävention ist hingegen wesentlich auf die Vermeidung bestimmter Haltungen, Handlungen sowie damit verbundener Motivationen ausgerichtet und wird daher nachgeordnet verfolgt. Denn insbesondere menschenfeindliche Ideologien finden dann Anklang, wenn es kaum Visionen gesellschaftlicher Demokratisierung gibt¹⁴. Dabei können beide Handlungsfelder (Politische Bildung und Prävention) gegenseitige Effekte hervorrufen und sind oft miteinander verzahnt, jedoch entsprechen sie einer differentiellen Handlungslogik bzw. Zugängen zu der Zielgruppe.¹⁵

Die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit der Fachstelle wird zudem als dynamisch und den lokalen sowie aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen entsprechend verstanden.

*„Der Staat ist immer nur so demokratisch,
wie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse es zulassen und
die (Zivil-)Gesellschaft Demokratisierung einfordert.“
(Bettina Lösch)*

⁸ Vgl. Bauer (2013): 26

⁹ Vgl. Lösch (2019): 16ff

¹⁰ Vgl. Widmaier, Overwien (2013): 21

¹¹ Vgl. Wohnig (2019): 13

¹² Vgl. Wohnig (2019): 15

¹³ Vgl. Sturzenhecker (2019): 14

¹⁴ Vgl. Lösch (2019): 16ff

¹⁵ Vgl. Widmaier (2019): 10ff

3.2 Ziele

- Die Leitziele der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ bestehen in der Betonung, Förderung und Vermittlung der demokratischen und freiheitlichen Werte unserer Gesellschaft durch politische Bildung. Dabei wird menschenverachtenden Ideologien, allen Formen von Diskriminierung, wie Rassismen und Antisemitismus sowie Extremismen nachhaltig entgegengewirkt.
- Zudem wird die lokale Demokratie gefördert, indem die gesamte Stadtgesellschaft für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage aktiviert, gestärkt sowie unterstützt wird.
- Die Arbeit der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ wird durch ihre Angebote die interkulturelle Kompetenz in der Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung steigern. Ziel ist dabei die Sensibilisierung im Umgang mit und der Respekt vor unterschiedlichen Lebensformen.
- Die bereits vielfältigen Angebote der politischen Bildung und zur Prävention von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Extremismus sowie zur Demokratieförderung in Gelsenkirchen werden koordiniert, vernetzt, erweitert sowie öffentlichkeitswirksam dargestellt. Die Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen und ebenso die Migrantinnen- und Migranten-Communities werden stärker in die Prozesse einbezogen.
- Regionale sowie überregionale Netzwerke sind zum gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch, zur Kooperation sowie zur Erhöhung der Reichweite zu pflegen und zu erweitern. Dabei werden stets weitere Akteurinnen und Akteure aus allen gesellschaftlichen Ebenen aktiviert werden.
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Institutionen, der Verwaltung und der freien Träger werden für die entsprechenden Themen sensibilisiert. Akteurinnen und Akteure aus der Präventionsarbeit werden laufend qualifiziert.
- Die lokale Wirtschaft und Sponsoren sowie Fördermittel auf Landes- oder Bundesebene können für die materielle und immaterielle Unterstützung zur Stärkung der demokratischen Stadtgesellschaft generiert werden.

3.3 Aufgaben

Die „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ orientiert sich u.a. am „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ der Stadt Gelsenkirchen. Sie versteht Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung als gesamtgesellschaftliches Phänomen und die Auseinandersetzung damit als Querschnittsaufgabe.

3.3.1 Politische Bildung

Ein zentrales Anliegen ist die politische Bildung mit der gesamten Stadtgesellschaft, Verwaltung und Behörden. Die Stärkung der lokalen Demokratie ist eine Daueraufgabe, dessen Ziel es ist, dass sich die Menschen ihrer eigenen Interessen bewusst werden, sie diese zu Gemeininteressen ins Verhältnis setzen, sie artikulieren und einbringen können. Kurz gesagt: Die Entwicklung von Urteilskraft, Reflexion und Handlungsfähigkeit¹⁶.

Schätzungsweise 60 bis 70% aller menschlichen Lernprozesse finden im Alltag statt.¹⁷ Daher sollen durch die non-formalen Bildungsangebote vielfältige Bildungsgelegenheiten und -prozesse ermöglicht

¹⁶ Vgl. Thimmel (2019): 24ff

¹⁷ Vgl. online: Bundesministerium für Bildung und Forschung

werden. Die Anerkennung der Verschiedenheit, sowie die lebensweltlichen Bedingungen in einer von sozialer Ungleichheit geprägten und globalisierten Gesellschaft, ist dabei grundlegend.

Hierbei gilt, alle Teile der Stadtgesellschaft mit möglichst passgenauen Angeboten zu sensibilisieren sowie zur Mitwirkung zu aktivieren. Teile dessen sind neben sozialem Lernen auch das Verstehen von gesellschaftlichen Strukturen, Konflikten sowie Kräfte- und Machtverhältnisse, aber auch Ermutigung zu Reflexion und Lösungsansätzen, um so Prozesse einer emanzipatorischen Gesellschaftsentwicklung vorantreiben zu können.

In Bildungsveranstaltungen und Vorträgen wird das Verständnis für politische und gesellschaftliche Sachverhalte gefördert, das demokratische Bewusstsein gefestigt und die Bereitschaft zur politischen Partizipation gestärkt. Außerdem sensibilisieren die Veranstaltungen Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Gefahr von menschenfeindlichen Einstellungen und informieren über extremistische Phänomene. Die Veranstaltungen sollen u.a. dezentral in den Stadtteilen oder online angeboten werden.

3.3.2 Beratung und Information

Insgesamt bietet die „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ für alle Interessierten und Betroffenen eine erste Anlaufstelle. Sie berät und informiert die Stadtgesellschaft, Stadtverwaltung, Vereine, Initiativen, Organisationen, Behörden, Schulen sowie Bildungsinstitutionen bei Anliegen und Vorfällen im Kontext von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Extremismen. Sie zeigt weitere Beratungsangebote und Handlungsmöglichkeiten auf, um die Handlungssicherheit der Betroffenen herzustellen und mögliche Radikalisierungen abzuwenden.

Insbesondere Betroffene von extremistischer, rassistischer sowie antisemitischer Gewalt und Diskriminierung gilt es Schutz und Hilfe zu bieten. Auch hier stellt die „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ eine Anlaufstelle dar und vermittelt, entsprechend des jeweiligen Anliegens und des Wunsches der Betroffenen, an Fachstellen der Opferberatung und/oder die Justiz. Parallel dazu muss die Öffentlichkeit zum einen für die Situation von Betroffenen sensibilisiert und zum anderen vorurteilsbewusste Bildung verstetigt werden.

Neben der Stadtgesellschaft bietet sie der Stadtverwaltung Unterstützung und Beratung bei der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen sowie bei der Koordination des Verwaltungshandelns. Umgesetzt wird dies u.a. durch die Entwicklung von Strategien zur Stärkung der kommunalen Demokratie, ein stets zu aktualisierendes Monitoring über aktuelle Vorfälle und Entwicklungen in Gelsenkirchen sowie die Mitarbeit an Beschlüssen.

Auf der Website der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ erhalten Interessierte Informationen und Handreichungen zu verschiedenen Fragestellungen im Themenbereich politischer Bildung, Demokratieförderung, Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Zudem sind dort Links zu entsprechenden Beratungsstellen aufgeführt.

3.3.3 Netzwerkarbeit

Das im Zuge von NRWtoffen aufgebaute Netzwerk bietet der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ viele Schnittstellen, sodass hier Synergieeffekte genutzt werden. Zudem unterstützt sie die wissenschaftlich-, historisch- und bildungsorientierte Arbeit der Dokumentationsstätte „Gelsenkirchen im Nationalsozialismus“ der Stadt Gelsenkirchen in Angeboten der politischen Bildung sowie rund um das Handlungsfeld der gesamtstädtischen

Demokratieförderung. Darüber hinaus erweitert die „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ zusammen mit den Akteurinnen und Akteure im Feld der politischen Bildung und Präventionsarbeit das nachhaltige Netzwerk von Einrichtungen und Initiativen in Gelsenkirchen sowie überregional. Als wichtige zivilgesellschaftliche Netzwerkpartner in Gelsenkirchen sind dabei insbesondere das „Gelsenkirchener Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausgrenzung“ sowie die „Demokratische Initiative“ zu nennen. Daneben sind hier die vielzähligen Projektträger sowie Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner zu nennen, welche unterschiedlich organisiert sind. Darunter fallen Vereine, Verbände, Einzelpersonen, Bildungsinstitutionen, Netzwerke, Beratungsstellen und Initiativen.

Diese Arbeit bedarf einer wachsenden Zusammenarbeit von staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und ihren Sichtweisen. Aktive Maßnahmen werden dadurch gegenseitig angeregt. Die Netzwerkstrukturen sollen die Zusammenarbeit fördern, Kompetenzen bündeln und das Thema bei den Akteurinnen und Akteuren in der Kommune möglichst nachhaltig verankern.

3.3.4 Öffentlichkeitsarbeit

Aufgabe der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ ist es, die öffentliche Wahrnehmung über Angebote der politischen Bildung sowie Präventionsmaßnahmen gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus zu erhöhen.

Gleichzeitig werden positive Beispiele zur Förderung eines respektvollen Miteinanders in der Stadtgesellschaft in den Fokus gerückt, z.B. durch Veranstaltungen und Kampagnen, wie die Netzwerkkonferenz, Fachtage, „Internationale Wochen gegen Rassismus“, Holocaust-Gedenktag, Plakate, Gedenkstättenfahrten, Exkursionen und Konzertveranstaltungen wie „Laut gegen Rechts“. Um einer innovativen Kommunikation gerecht zu werden und ein möglichst breites Gesellschaftsspektrum zu erreichen, wird zusätzlich die Anwendung von digitalen Kommunikationsmethoden, wie das Nutzen von Social-Media-Kanälen, umgesetzt.

3.4 Maßnahmen

Als bisherige Kernaufgaben sind folgende Maßnahmen geplant:

- **Formatreihe unter dem Titel „Liebe ist lauter“**
In Form einer Abendveranstaltung werden eine Podiumsdiskussion zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und eine musikalische Clubnacht miteinander verknüpft. So sollen Bildung, Kultur und Tanz Synergien entfalten.
- **Jährlicher Fachtag**
Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner sowie Fachkräfte werden nachhaltig vernetzt und fortgebildet.
- **Social-Media-Projekt in Kooperation mit dem Jugendrat**
Mit Jugendlichen des Jugendrates wird ein Instagram-Account mit monatlich wechselnden Themen der politischen Bildung gefüllt.
- **Jugendaustausch mit Gelsenkirchener und Israelischen Jugendlichen**
In Kooperation mit dem Jugendschutz werden Fachkräfte zum Thema Antisemitismus qualifiziert sowie ein Jugendaustausch zwischen Gelsenkirchener und Israelischen Jugendlichen umgesetzt.

4 Zielgruppen

Die Zielgruppe der „Fachstelle für Demokratie und politische Bildung“ ist die gesamte Gelsenkirchener Stadtgesellschaft sowie Stadtverwaltung. Für einzelne Aktionen und Maßnahmen gilt es daher eine zielgruppenspezifische Ansprache umzusetzen. Ausgangspunkt ist dabei immer, dass Personen und Gruppen über ungleiche Zugänge zu den Angeboten verfügen, sie unterschiedliche Lebenswelten sowie Perspektiven haben, dieses Wissen jedoch gehört und anerkannt wird.

Außerdem müssen die Angebote und Informationen altersgerecht gestaltet werden.

Literaturverzeichnis

Arbeitsagentur (2020): Der Arbeitsmarkt in Gelsenkirchen und Bottrop im Dezember 2019. Online: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/gelsenkirchen/content/1533733084134> [11.12.2020]

Bauer, Christoph (2013): Das mündige Subjekt? In: Was heißt heute Kritische Politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Non-formale, informelle Bildung. Online: <https://www.bne-portal.de/de/non-formale-informelle-bildung-1776.html> [11.12.2020]

Hafeneger, Benno (2019): Politische Bildung ist mehr als Prävention, In: Journal für politische Bildung, Ausgabe 2/19, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Klare, H., Gold, I. (2019): Ein folgenschweres Missverständnis, In: Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.), Dresden

Lösch, Bettina (2019): Grundlagen und Prinzipien politischer Bildung, In: Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.), Dresden

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (2019): Integrationsprofil Gelsenkirchen, Daten zu Zuwanderung und Integration, Ausgabe 2018, Düsseldorf

Stadt Gelsenkirchen, Institut für Stadtgeschichte: Stadtgeschichte Gelsenkirchen. Online: <https://www.gelsenkirchen.de/de/Stadtprofil/Stadtgeschichten/Stadtgeschichte/> [11.12.2020]

Stadt Gelsenkirchen, Institut für Stadtgeschichte: Zuwanderung. Online: <https://www.gelsenkirchen.de/de/Stadtprofil/Stadtgeschichten/Zuwanderung/> [11.12.2020]

Stadt Gelsenkirchen, Referat Verwaltungskoordinierung (2018): Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern, Entwicklung und Stand 2018, Gelsenkirchen

Stadt Gelsenkirchen, Statistiken: Online: <https://www.gelsenkirchen.de/de/Stadtprofil/Stadtfakten/Statistiken/> [06.05.2021]

Sturzenhecker, Benedikt (2019): Begriffsvielfalt, Entgrenzung, Aufmerksamkeitskultur, In: Journal für politische Bildung, Ausgabe 2/19, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Thimmel, Andreas (2019): Ein heterogenes Feld, In: Auf zu neuen Ufern, Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.), Dresden

Overwien, B., Widmaier, B. (2013): Was heißt heute Kritische Politische Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Widmaier, Benedikt (2019): Verschärfter Konkurrenzkampf? In: Auf zu neuen Ufern, Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.), Dresden

Wohnig, Alexander (2019): Begriffsvielfalt, Entgrenzung, Aufmerksamkeitskultur, In: Journal für politische Bildung, Ausgabe 2/19, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.